

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU**

**und**

## **Antwort**

**des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur**

### **Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Main-Tauber-Kreis**

#### **Kleine Anfrage**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen wurden im Bereich des Kommunalen Straßenbaus (KStB) und im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Main-Tauber-Kreis vor dem 31. Dezember 2013 beantragt, welche wurden in das Förderprogramm 2011 bis 2015 aufgenommen, welche wurden nachrichtlich aufgenommen und welche wurden bewilligt (in Form eines Zuwendungsbescheides) bzw. für welche Maßnahmen liegt noch kein Zuwendungsbescheid vor?
2. Welche Maßnahmen sind im Main-Tauber-Kreis von den Änderungen der Fördermodalitäten des LGVFG insgesamt betroffen (getrennt nach ÖPNV und KStB)?
3. Welche in das Förderprogramm 2011 bis 2015 aufgenommenen bzw. nachrichtlich aufgeführten verkehrswichtigen zwischenörtlichen Straßen gem. § 2 Nr. 1 d LGVFG im Main-Tauber-Kreis (Gemeindeverbindungs- und Kreisstraßen) sind nach Punkt 3.1.3 der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Durchführung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für den Kommunalen Straßenbau (VwV-LGVFG KStB) aufgrund des Nichterreichens der geforderten Verkehrsstärke (DTV in Kfz/24 h) nicht mehr förderfähig?
4. Welche Maßnahmen im Main-Tauber-Kreis können durch die generelle Absenkung der Förderquote auf 50 Prozent nicht mehr von den Kommunen finanziert werden (getrennt nach ÖPNV und KStB)?

5. In welcher Höhe (absolut und prozentual) werden die Projekte der aktuellen Förderperiode 2011 bis 2015 im Main-Tauber-Kreis vom Land nach dem LGVFG gefördert?

14.02.2014

Dr. Reinhart CDU

#### Begründung

Diese Kleine Anfrage bezweckt die Abfrage der Auswirkungen der Änderungen im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Main-Tauber-Kreis.

#### Antwort\*)

Mit Schreiben vom 10. April 2014 Nr. 2-3932/253 beantwortet das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur die Kleine Anfrage wie folgt:

#### Vorbemerkung

Die Föderalismuskommission II hat das Auslaufen der Mittel aus dem GVFG und Entflechtungsgesetz bis Ende 2019 beschlossen. Bis Mitte 2013 hatte der Bund zusätzlich noch ein vorzeitiges Abschmelzen der jährlichen Zuweisungen verfolgt.

Vor diesem Hintergrund leidet die Förderung des kommunalen Straßenbaus nach dem LGVFG seit vielen Jahren unter einer hohen Vorbelastung der verfügbaren Finanzmittel durch eine große Menge an Mittelbewilligungen. Diese Problematik der hohen Mittelbindung und der fehlenden Finanzierungssicherheit hatte der Rechnungshof auch in der Denkschrift 2010 beklagt. Das Programmvolumen betrug Ende 2011 noch ca. 440 Mio. Euro. Durch einen weitgehenden Bewilligungsstopp in den Jahren 2012 und 2013 und eine verstärkte Abrechnung konnten die Maßnahmen bis Ende 2013 auf 465 und das Programmvolumen auf ca. 340 Mio. Euro (inklusive Kostensteigerungen) reduziert werden. Davon sind derzeit ca. 260 Mio. Euro rechtlich gebunden. Durch diese immer noch große Vorbelastung des Programms stehen bis zum Auslaufen der Mittel im Jahr 2019 nach derzeitigem Stand lediglich noch insgesamt 140 Mio. Euro rechtlich nicht gebundene Mittel für neue Bewilligungen zur Verfügung. Dieses Volumen reduziert sich durch die für 2014 vorgesehenen Bewilligungen weiter.

Auch im Bereich ÖPNV ist das Restmittelvolumen bis 2019 schon zu großen Teilen durch bereits im Bau befindliche oder bewilligte Vorhaben gebunden, sodass die Gestaltungsmöglichkeiten bei Neuvorhaben eingeschränkt sind. Gleichzeitig übersteigt die Anzahl der vorliegenden Förderanträge bei weitem das Finanzvolumen, das bis 2019 noch zur Verfügung steht.

Um den beschriebenen erheblichen Problemen zumindest für die ab 2014 zu bewilligenden Projekte zu begegnen, hat die Landesregierung zwischenzeitlich mit der zum 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Änderung der Verwaltungsvorschrift zu Durchführung des LGVFG für den Kommunalen Straßenbau (VwV LGVFG-KStB) reagiert. Die Vorschrift wird bis zu einer Neufassung der VwV LGVFG-

\*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

ÖPNV für den Bereich des ÖPNV analog angewendet. Künftig müssen die Vorhaben innerhalb einer festgelegten Frist abgerechnet werden; zur Verfahrensbeschleunigung und -vereinfachung wurde insbesondere eine Festbetragsfinanzierung eingeführt und Nachbewilligungen ausgeschlossen. Zum anderen ist es erforderlich, das geringe restliche Fördervolumen in den nächsten Jahren auf die wichtigsten kommunalen Projekte zu konzentrieren. Daneben war eine Reduzierung des Fördersatzes in der neuen VwV LGVFG-KStB notwendig, um angesichts der hohen Zahl an Förderanträgen überhaupt noch eine adäquate Anzahl von kommunalen Projekten fördern zu können.

*1. Welche Maßnahmen wurden im Bereich des Kommunalen Straßenbaus (KStB) und im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Main-Tauber-Kreis vor dem 31. Dezember 2013 beantragt, welche wurden in das Förderprogramm 2011 bis 2015 aufgenommen, welche wurden nachrichtlich aufgenommen und welche wurden bewilligt (in Form eines Zuwendungsbescheides) bzw. für welche Maßnahmen liegt noch kein Zuwendungsbescheid vor?*

*Kommunaler Straßenbau (KStB)*

Grundsätzlich ist ein Vorhaben, das gefördert werden soll, zuvor in das Programm nach § 5 LGVFG aufzunehmen.

Die Anfrage hebt auf das LGVFG-Programm 2011 bis 2015 ab. Entsprechend beschränkt sich die Antwort auf dieses Programm. Eine Erhebung über die weiteren Vorjahre wäre zudem mit erheblichem Aufwand verbunden und würde nur eine unzureichende Datenlage liefern, da Maßnahmen im Rahmen der Programmaufstellungen ggf. zurückgesandt oder nachbeantragt werden.

Auf die Tabelle „Maßnahmen KStB“ wird verwiesen (*Anlage 1*).

*Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)*

Grundsätzlich unterscheidet sich das Förderverfahren im Bereich ÖPNV von demjenigen im Bereich KStB. Die Aufnahme einer vom Vorhabenträger angemeldeten Maßnahme ins Förderprogramm des Landes erfolgt zunächst nachrichtlich. Erst nach Eingang und fachtechnischer Prüfung der Antragsunterlagen wird eine verbindliche Förderzusage von der zuständigen Bewilligungsbehörde (Regierungspräsidien bzw. Ministerium) durch förmlichen Bewilligungsbescheid erteilt.

Auf die Tabelle „Maßnahmen ÖPNV“ wird verwiesen (*Anlage 2*).

Im Übrigen wird auf die in der Drucksache 15/4611 gemachten Ausführungen zu den dortigen Fragen 1 und 2 verwiesen.

*2. Welche Maßnahmen sind im Main-Tauber-Kreis von den Änderungen der Fördermodalitäten des LGVFG insgesamt betroffen (getrennt nach ÖPNV und KStB)?*

*Kommunaler Straßenbau (KStB)*

Im kommunalen Straßenbau ist die VwV-LGVFG KStB auf alle Vorhaben anzuwenden, die nach dem 1. Januar 2014 erstmalig bewilligt werden. Entsprechend der Übergangsregelung kann bei bereits im Förderprogramm des KStB enthaltenen Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen nach §§ 3, 13 EKrG, mit deren Bau bis zum 30. Juni 2015 begonnen wird, weiterhin ein Fördersatz – als Festbetragsfinanzierung – bis zu 75 % gewährt werden.

*Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)*

Grundsätzlich gelten für alle bereits vor dem 1. Oktober 2013 begonnenen Vorhaben („Altvorhaben“) im Bereich ÖPNV die zum Zeitpunkt der Bewilligung gültigen Regelungen weiter.

Darüber hinaus gilt folgende Übergangsregelung: für Vorhaben, bei denen bis zum 1. Oktober 2013 ein vollständiger und prüffähiger Förderantrag eingereicht wurde und der Baubeginn für wesentliche Bauteile bis zum 31. März 2014 erfolgt, werden ebenfalls die bisher geltenden Regelungen angewandt. Für alle Vorhaben, die nicht unter die vorgenannten Regelungen fallen, gelten die neuen Fördermodalitäten. Härtefallregelungen zur Anwendung eines erhöhten Fördersatzes kommen nur in eng begrenzten Fällen in Betracht.

*3. Welche in das Förderprogramm 2011 bis 2015 aufgenommenen bzw. nachrichtlich aufgeführten verkehrswichtigen zwischenörtlichen Straßen gem. § 2 Nr. 1 d LGVFG im Main-Tauber-Kreis (Gemeindeverbindungs- und Kreisstraßen) sind nach Punkt 3.1.3 der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Durchführung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für den Kommunalen Straßenbau (VwV-LGVFG KStB) aufgrund des Nichterreichens der geforderten Verkehrsstärke (DTV in Kfz/24 h) nicht mehr förderfähig?*

Eine Förderung von verkehrswichtigen zwischenörtlichen Straßen war nach dem GVFG und der Verwaltungsvorschrift nach dem Entflechtungsgesetz bis Ende 2010 nur in zurückgebliebenen Gebieten nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 des Raumordnungsgesetzes möglich. Erst mit dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) wurde ab 2011 auf diese Einschränkung verzichtet.

Nach der seit 1. Januar 2014 geltenden Regelung wird diesem erweiterten Förderatbestand nach Nr. 3.1.3 der Verwaltungsvorschrift (VwV) zum LGVFG eine bestimmte Verkehrsstärke zugrunde gelegt; es handelt sich dabei jedoch lediglich um eine „soll“-Vorschrift. Die bisherigen Förderatbestände Nr. 3.1.1 „Verkehrswichtige innerörtliche Straßen“ sowie Nr. 3.1.2 „Verkehrswichtige Zubringerstraßen zum überörtlichen Verkehr“ bleiben unverändert; das Kriterium der Verkehrsstärke bezieht sich lediglich auf die Nr. 3.1.3 der VwV-LGVFG.

Nach jetzigem Kenntnisstand fallen keine der unter Ziff. 1 genannten Straßenbaumaßnahmen aus dem Förderprogramm des KStB unter die Regelungen der Ziffer 3.1.3 der neuen VwV-LGVFG KStB.

*4. Welche Maßnahmen im Main-Tauber-Kreis können durch die generelle Absenkung der Förderquote auf 50 Prozent nicht mehr von den Kommunen finanziert werden (getrennt nach ÖPNV und KStB)?*

Grundsätzlich obliegt die Antragstellung für Vorhaben im Bereich des KStB und ÖPNV den Kommunen, Gebietskörperschaften bzw. Verkehrsunternehmen in eigener Verantwortung. Eine vorherige Einbindung oder Vorabinformation des Landes erfolgt dabei in der Regel nicht. Kenntnisse über Vorhaben, die aufgrund der Absenkung der Förderquote möglicherweise nicht beantragt oder nicht realisiert werden, liegen dem Land daher nicht vor.

*5. In welcher Höhe (absolut und prozentual) werden die Projekte der aktuellen Förderperiode 2011 bis 2015 im Main-Tauber-Kreis vom Land nach dem LGVFG gefördert?*

#### *Kommunaler Straßenbau (KStB)*

Im kommunalen Straßenbau ist die VwV-LGVFG KStB auf alle Vorhaben anzuwenden, die nach dem 1. Januar 2014 erstmalig bewilligt werden. Die Zuwendungen werden im Rahmen der Projektförderung als zweckgebundener Zuschuss im Wege der Festbetragsfinanzierung (als Höchstbetrag) gewährt. Die Höhe des Festbetrags beträgt maximal 50 % der zuwendungsfähigen Kosten. Die Festsetzung des Förderbetrags erfordert eine Antragsprüfung, die aufgrund des Status der zwischen dem 1. Januar 2011 und 31. Dezember 2013 nicht bewilligten Maßnahmen noch nicht erfolgt ist.

Entsprechend der Übergangsregelung zur VwV-LGVFG kann bei bereits im Förderprogramm des KStB enthaltenen Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen nach §§ 3, 13 EKrG, mit deren Bau bis zum 30. Juni 2015 begonnen wird, weiterhin ein Fördersatz – als Festbetragsfinanzierung – bis zu 75 % gewährt werden.

Für die restlichen aufgeführten Maßnahmen gelten die zum Zeitpunkt der Bewilligung gültigen Regelungen weiter.

Auf die beigefügte Tabelle mit den zwischen dem 1. Januar 2011 und dem 31. Dezember 2013 bewilligten Maßnahmen im Main-Tauber-Kreis wird verwiesen (*Anlage 3*).

#### *Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)*

Auf die Tabelle „Maßnahmen ÖPNV“ wird verwiesen (*Anlage 4*).

In der Spalte „Fördersatz“ wird der für die jeweilige Maßnahme angewandte Fördersatz aufgeführt. Zu unterscheiden sind hierbei Altmaßnahmen (Beginn vor 2004) mit einem Fördersatz von 85 %, Maßnahmen mit Beginn nach 2004 mit einem Fördersatz von 75 % und Fördertatbestände, die mit einem pauschalierten Förderbetrag abgerechnet werden (z. B. 2.500,- Euro je Stellplatz bei P&R-Anlagen).

Die Spalte „Zuwendungen“ enthält die aus den zuwendungsfähigen Kosten mittels des jeweiligen Fördersatzes (bzw. Pauschale) errechnete fiktive Zuwendung des Landes. Je nach Fördertatbestand ist von der ausgewiesenen Summe noch ein Selbstbehalt zu Lasten des Antragstellers abzuziehen. Die tatsächliche Zuwendung wird erst nach Vorliegen des Schlussverwendungsnachweises unter Berücksichtigung der tatsächlichen Projektkosten festgestellt.

Dr. Splett

Staatsekretärin

Anlage 1

Drucksache 15/4797

## LGVFG-Förderprogramm 2011 bis 2015

## Landkreis Main-Tauber-Kreis

zu Ziffer 1:

**KStB-Maßnahmen zum Programm 2011 bis 2015, die vom 01.01.2011 bis 31.12.2013 beantragt, ins (nachrichtliche) Programm aufgenommen bzw. bewilligt wurden**

KStB-Maßnahme	Antrag auf Aufnahme in das		Aufnahme in das		Bewilligung	
	Programm	nachrichtliche Programm	Programm	nachrichtliche Programm	Antrag auf Bewilligung gestellt	Bewilligung erteilt
Anlage von Gehwegen in der OD Stuppach i. Z. d. B 19						x
L 511A – Ausbau der OD Oberlauda, Steinklinge Schulstraße mit Anlage von Gehwegen in Lauda-Königshofen			x			x
Neubau einer Straßenbrücke über die BAB 3 in Wertheim-Bettingen (Kostenanteil Stadt Wertheim)					x	
Ausbau der OD Reicholzheim mit Anlage von Gehwegen und Längsparkstreifen in Wertheim						x

Umbau des Bahnüberganges i. Z. d. K 2808 in Oberwittighausen (DB-Strecke 4120 Neckarelz–Würzburg–Heidingsfeld, km 132,532)	x						
Umbau des Bahnüberganges i. Z. d. K 2809 in Gaubüttelbronn (DB-Strecke 4120 Neckarelz–Würzburg–Heidingsfeld, km 133,822)	x						
Neuanschluss an die L 514 bei Eubigheim	x						

Anlage 2

Drucksache 15/4797

LGVFG-Förderprogramm 2011 bis 2015

Landkreis Main-Tauber-Kreis

zu Ziffer 1:

ÖPNV-Maßnahmen zum Programm 2011 bis 2015,  
die vom 01.01.2011 bis 31.12.2013 beantragt, ins (nachrichtliche) Programm aufgenommen bzw. bewilligt wurden

ÖPNV-Maßnahme	Antrag auf Aufnahme in das		Aufnahme in das		Bewilligung	
	Programm	nachrichtliche Programm	Programm	nachrichtliche Programm	Antrag auf Bewilligung gestellt	Bewilligung erteilt
Errichtung einer Haltestelle am Bahnhof Niederstetten		X	X			X
P+R Anlage am Bahnhof Niederstetten		X	X			X



Anlage 3

**LGVFG-Förderprogramm  
2011 bis 2015**

**Landkreis  
Main-Tauber-Kreis**

Drucksache 15/4797

zu Ziffer 5:

<b>KStB-Maßnahme</b>	<b>Voraussichtliche Zuwendungen [€]</b>	<b>Voraussichtlicher individueller Fördersatz [%]</b>
Anlage von Gehwegen in der OD Stuppach i. Z. d. B 19	371.000	57,1
L 511A – Ausbau der OD Oberlauda, Steinklinge Schulstraße mit Anlage von Gehwegen in Lauda-Königshofen	111.800	47,8
Ausbau der OD Reicholzheim mit Anlage von Gehwegen und Längsparkstreifen in Wertheim	632.000	60,8

**Drucksache 15/4797**

Anlage 4

zu Ziffer 5:

**LGVFG-Förderprogramm  
2011 bis 2015**

**Landkreis  
Main-Tauber-Kreis**

	<b>Fördersatz</b>	<b>Zuwendungen</b>
<b>ÖPNV- Maßnahme</b>	75 % / 85 % / Pauschale	in Tsd. Euro
Errichtung einer Haltestelle am Bahnhof Niederstetten	Pauschale	88
P+R Anlage am Bahnhof Niederstetten	Pauschale	63